

Titel Drohnenkrieg der U.S.A stoppen

Antragsteller*innen Jusos Schwaben

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Drohnenkrieg der U.S.A stoppen

1 Kündigung des Vertrags über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland
2 unter Beibehaltung von französischen und niederländischen

3 Kasernen durch einzelne Verträge.

4

5 **Begründung**

6 Durch Militärflugplätze in Deutschland wie z.B. die Ramstein Air Base werden Daten

7 von Drohnen an die Air Force-Zentralen in die Vereinigten Staaten weitergeschickt und

8 somit auch mehrere Angriffe durch Drohnen in Krisengebieten erst ermöglicht. Die

9 eigentlichen Ziele sind von den USA gesuchten Terroristen, die auch durch die Hilfe des

10 BND und des Verfassungsschutzes teilweise lokalisiert werden, aber auch Zivilisten

11 kommen als „Kollateralschaden“ bei diesem Krieg um. In einem Fall klagte der Sohn

12 eines somalischen Hirten, der bei einem Angriff ums Leben kam, gegen die

13 Bundesregierung, genauso wie drei Männer aus Jemen, die wegen dem Todesfall von

14 zwei Familienmitglieder*innen durch Drohnen klagten. Noch dazu zeigt ein durch

15 Wikileaks veröffentlichtes Video ein Kriegsverbrechen durch eine Drohneneinheit der

16 U.S. Air Force, die auf Zivilisten schießt. Um weitere Völkerrechtsverletzungen, die in

17 diesem Fall nicht mehr zu ermöglichen müsste man diese Stützpunkte entweder auf den

18 Kopf stellen und in jeder Hinsicht kontrollieren, was aber de facto nicht möglich ist, da es

19 sich um amerikanisches Hoheitsgebiet handelt und damit unter Immunitätsregelungen

20 unterliegt, oder man kündigt den Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte

21 in der Bundesrepublik Deutschland, in dem die U.S.A eingebunden sind, und lässt diese Stützpunkte innerhalb
22 einer 2 Jahre langen Kündigungsfrist abziehen. Momentan

23 befinden sich ebenfalls Kasernen in Deutschland, die durch europäische militärische

24 Zusammenarbeit existieren, wie z.B. in Mühlhausen eine deutsch-französische und in

25 Münster eine deutsch-niederländische. Diese sollen im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit weiterhin
26 durch einzelne Verträge bestehen.

27 Während der Ära Kohl forderte die SPD ebenfalls, dass amerikanische Überwachungen des Post- und Fern-
28 meldeverkehrs in Deutschland eingestellt werden soll und gegebenenfalls auch die Kündigung des Vertrags

- 29 und zusätzlicher Vereinbarungen in Erwägung gezogen wird, da diese Militärstützpunkte dies ermöglicht ha-
30 ben.
- 31 Nun sollten wir diesen Schritt in die richtige Richtung fortführen.

Antragsteller*innen

Jusos Schwaben

E-Mail:

Telefon: